Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 8

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

STIMMEN DER WELTPRESSE

In der Zeitschrift *The Christian Century* (Chicago, 18. 8. 1954) befaßt sich *Reinhold Niebuhr* mit der Haltung Amerikas gegenüber der Frage *Co-Existence or Total War?* Von der Feststellung ausgehend, daß das amerikanische Volk einen totalen Krieg zwar ablehne, aber noch nicht voll erkannt habe, daß es neben dem totalen Krieg nur die Alternative Koexistenz gebe, kritisiert er die starren moralischen Argumente, die gegen die Aufnahme Rotchinas in die Vereinigten Nationen vorgebracht werden, und äußert die Ansicht, daß es kaum im Interesse der freien Welt liege, wenn China dauernd unter russische Vormundschaft gezwungen werde. Der britische Standpunkt in dieser Frage sei zweifellos richtig. «Das einzige Opfer, das von uns verlangt wird, ist die Aufgabe der Illusion, die chinesischen Nationalisten könnten mit einem bißchen Hilfe von uns China zurückerobern.» Der Vorwurf, Amerika sei den Gefahren der Atomwaffen gegenüber zu unvorsichtig, sei jedoch nicht berechtigt. Angesichts der Skrupellosigkeit der Kommunisten wäre es verhängnisvoll gewesen, wenn die USA die Wasserstoffbombe nicht entwickelt hätten. Allerdings sollten unverantwortliche Drohungen, wie diejenige mit der «massiven Vergeltung», unterlassen werden. Der heutige «Imperialismus» der USA, d. h. die Unduldsamkeit gegenüber anderen Meinungen in der internationalen Politik, sei auf dieselbe Ursache zurückzuführen wie der frühere Isolationismus, nämlich auf den moralischen Idealismus der Amerikaner. «Als wir zum Isolationismus neigten, war unser christlicher und weltlicher Idealismus darauf bedacht, nachzuweisen, daß unsere Nation moralisch besser sei als andere Nationen, weil sie nicht in deren Streitigkeiten verwickelt war. Jetzt, da wir zum Imperialismus neigen, ... setzen wir unsere entschiedene Gegnerschaft gegen den Kommunismus unter allen Umständen mit ‚Moralität' gleich und werfen unseren Verbündeten Opportunismus vor. — Beide Arten von Idealisten sind blind gegenüber der endlosen Komplexität der moralischen Probleme der Politik ... Sie verstehen nicht, daß es unmöglich ist, zugleich moralisch sauber und verantwortlich zu sein. Wenn wir unter Lauterkeit ein Fernbleiben von Konflikten verstehen, so liefern wir unsere Mitmenschen in die Hände der Tyrannen, weil wir deren Macht keinen Widerstand entgegensetzen. Wenn wir Reinheit als Fernbleiben von jedem Zusammenwirken mit einer Tyrannei verstehen, so verwerfen wir jede Form der Koexistenz und stehen in Gefahr, in den Abgrund des totalen Krieges zu fallen.»

Die unabhängige englische Wochenzeitschrift *Time and Tide* äußerte sich in ihrer Nummer vom 18. September 1954 in interessanter Weise über die *Gouverneurswahlen in New York* vom kommenden November. Der Rücktritt Deweys nach drei Amtsperioden und dessen — vorläufiger — völliger Rückzug aus dem öffentlichen Leben hat nach Auffassung der Zeitschrift den Gerüchten ein Ende gemacht, wonach Dewey nach den Novemberwahlen Dulles als Außenminister ersetzen werde. Anderseits gibt sein Rücktritt der Meinung Auftrieb, er werde im Jahre 1956 als republikanischer Präsidentschaftskandidat nominiert werden, zumal viele Beobachter glauben, Eisenhower werde nicht ein zweites Mal kandidieren, und er werde Dewey als seinen Nachfolger unterstützen. Die Gouverneurswahlen in New York waren stets von Bedeutung für die Präsidentschaftswahlen. Dewey hat Senator Irwin M. Ives als republikanischen Kandidaten gewonnen; sollte er gewählt werden, so wäre Dewey der Unterstützung der großen New Yorker Delegation am republikanischen Parteikongreß von 1956 sicher. Ives selbst hat keine Aspirationen für das höchste Amt des Landes. — Bei der demokratischen Partei ist der Millionär Averell Harriman als Kandidat hervorgegangen.

Sein Name und seine gesellschaftliche Stellung dürften viele sonst republikanische Stimmen für die Demokraten gewinnen, trotz seiner engen Beziehungen zu den Präsidenten Roosevelt und Truman, die in den Augen der Republikaner durch die New- und Fair Deal-Programme belastet sind. Die Kandidatur Harrimans enttäuscht den linken Flügel der demokratischen Partei, der den 40 Jahre alten Sohn des früheren Präsidenten Roosevelt, Franklin D. Roosevelt, vorgeschlagen hatte. Dessen Mißerfolg wird der Gegnerschaft von Kardinal Spellman zugeschrieben, der eine machtvolle politische Figur in New York ist; doch wird ihm für die Zukunft eine erfolgreiche politische Karriere in Aussicht gestellt. — Der Wahlkampf zwischen Ives und Harriman dürfte sehr knapp verlaufen und wird die Parteiführer von beiden Seiten nach New York bringen. Stevenson wird sich stark für Harriman einsetzen, da er, sollte Harriman gewinnen, die New Yorker Stimmen am demokratischen Parteikongreß 1956 kontrollieren wird; Stevenson braucht diese Stimmen für eine neue Kandidatur. Auch Truman wird sich für Harriman einsetzen, während auf der anderen Seite Dewey und Eisenhower für Ives sprechen werden. — Es ist anzunehmen, daß die Gouverneurswahlen in New York eine Debatte über die hauptsächlichen politischen Fragen des Landes bringen werden, insbesondere über die Außenpolitik. Man darf darauf gespannt sein, angesichts der führenden politischen Persönlichkeiten, welche daran teilnehmen.

In der unabhängigen Tageszeitung von Florenz, *Il Giornale del Mattino,* erschien am 10. Oktober unter dem Titel *Der Wille Englands* ein Artikel von *Ettore Bernabei.* Einleitend stellt dieser Korrespondent fest, daß nach dem Applaus, den Eden am Jahreskongreß der Konservativen Partei geerntet hat, kein Zweifel mehr besteht, daß der britische Außenminister nach dem Rücktritt Churchills dessen Nachfolger wird. Dank der Tätigkeit Edens hat der Westen die Initiative in der Außenpolitik wieder an sich gerissen. Entscheidend dabei war der Entschluß Englands, vier Divisionen für die Verteidigung Europas zu stellen, sowie das diplomatische Geschick Edens, der es verstand, die versteifte Haltung Frankreichs, das jede Form einer deutschen Wiederbewaffnung ablehnte, und die amerikanische Auffassung, die nach einer Wiederbewaffnung Deutschlands ohne jede Kontrolle tendierte, zu überbrücken. Jedoch ist der Berichterstatter der Ansicht, daß diese Politik Großbritanniens nicht nur das Werk Edens sei, sondern dem Willen der beiden großen englischen Parteien entspreche. Er erinnert vor allem daran, daß am Labour-Kongreß Attlee die Gewerkschaftsvertreter aufforderte, für die deutsche Wiederbewaffnung zu stimmen, und daß Eden am Kongreß der Konservativen in bezug auf die britische Asienpolitik die Worte aussprach: «Die militärischen Bemühungen müssen von wirtschaftlichen Anstrengungen begleitet sein. Je größer der Wohlstand dieser Länder ist, desto leichter werden sie ihre Unabhängigkeit bewahren können.» Diese Gedankengänge wird zweifellos auch der Leader des linken Flügels der Labour-Partei, Bevan, billigen.

Die Zeitschrift *Journal of International Affaires,* New York, veröffentlichte eine leider zu wenig beachtete Abhandlung von *Philip E. Mosely,* dem Leiter des Rußland-Institutes der Columbia-Universität, New York, unter dem Titel *Soviet Policy in the Two-World Conflict: Some Prospects* (Nr. 1/1954), deren wichtigste Gesichtspunkte hier wiedergegeben werden: In der sowjetischen Weltpolitik dürfte in den nächsten Jahren die Tatsache eine entscheidende Rolle spielen, daß der Vorrat der Sowjetunion an Atom- und Wasserstoffbomben ständig zunimmt und ihr somit die Möglichkeit gegeben ist, Atomwaffen gegen lebenswichtige Gebiete der freien Welt einzusetzen. Ein neuer Weltkrieg dürfte sofort mit schlagartigen Operationen gegen die wichtigsten Industriebezirke und Zentren des Feindes beginnen, ohne daß eine der Kriegsparteien mit den heute verfügbaren Ver-

teidigungswaffen und Abwehrmethoden Zerstörungen katastrophalen Ausmaßes zu verhindern vermag. Einer «Parität» der Atomrüstung wird allgemein wenig Bedeutung zugemessen. Es steht ferner außer Zweifel, daß nichts die Sowjetunion daran hindern kann, ihre Vorräte an Atom- und Wasserstoffbomben weiter zu vergrößern, bis sie nicht nur das strategische, sondern auch das quantitative Gleichgewicht auf diesem Gebiet hergestellt hat. Im Gegensatz zum Verlauf der beiden ersten Weltkriege muß die Sowjetunion bei Ausbruch eines Atomkrieges sofort zu einem vernichtenden Schlag gegen die Macht- und Willenszentren der freien Welt in den USA und in Kanada ausholen und darf ihre Kraft nicht in Angriffen auf weniger wichtige Ziele verzetteln. Die Fähigkeit zu interkontinentaler Atomkriegführung kann in den nächsten 5—10 Jahren zum ausschlaggebenden Faktor nationaler Macht und nationalen Weiterbestehens werden. Während dieser Zeit wird die Sowjetunion mit allen Mitteln versuchen, die Solidarität der Völker des Westens zu untergraben, die USA an der Benützung ihrer vorgeschobenen Stützpunkte zu hindern und Westeuropa, den Nahen Osten und Japan aus dem durch amerikanische Vergeltungswaffen geschützten Bereich herauszulösen. Das Hauptziel der Sowjetführung wird in den nächsten Jahren voraussichtlich darin bestehen, jeden Zusammenschluß Westeuropas zu unterbinden, die Auflösung der NATO zu betreiben und das strategische Glacis der USA auf den amerikanischen Kontinent zurückzudrängen. Indem sie das wechselseitige deutsch-französische Mißtrauen schürt und die starken kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens einsetzt, um die Regierungsgewalt in diesen Ländern zu schwächen oder zu neutralisieren, sabotiert die Sowjetregierung mit beträchtlichen Erfolgsaussichten alle Bemühungen, eine gemeinsame, durch einen deutschen Wehrbeitrag verstärkte westeuropäische Verteidigungsorganisation ins Leben zu rufen. Durch politische Zersetzung und Lähmung zweier ihrer wichtigsten Mitgliedstaaten suchen die Sowjets die NATO nach und nach so auszuhöhlen, daß schließlich nur noch die leere Hülle übrig bleibt. Die innere Dynamik der neuen Machtmittel zwingt die Sowjets, die gegenwärtigen internationalen Spannungen durch politische Gesten zu mildern, ohne freilich irgendeine der sowjetischen Machtpositionen preiszugeben, und veranlaßt die Umstellung auf eine elastischere Politik, unter Zusammenfassung aller Kräfte auf das eine Ziel, die Uneinigkeit und Wehrlosigkeit der freien Welt zu steigern. Die Sowjetführung ist weiterhin bestrebt, einen neuen Weltkrieg ungewissen Ausganges zu vermeiden und statt dessen das ganze Arsenal ihrer politischen und wirtschaftlichen Waffen für jenen Kampf aufzubieten, der in allen Ländern der Welt und nicht nur entlang einer starren militärischen Front ausgetragen wird.

Die wirtschaftenden Menschen der westlichen Hemisphäre haben sich selbst dort, wo die Marktwirtschaft durch kollektivistische Einflüsse denaturiert wurde, stets gegen eine vom Staate aufgedrängte ideologische Wirtschaftskonzeption gewandt. Auch unter dem Regime des diktatorisch auftretenden Kollektivismus blieb für die einzelnen Menschen, ja sogar für den allmächtigen Staat, die *Wirtschaft primär Selbstzweck*. Es ist deshalb verständlich, wenn man im Westen nicht glauben kann oder will, daß die Sowjetunion die Wirtschaft ihrer politischen Strategie vollständig unterordnet und daß dementsprechend ihr Wunsch nach Herstellung «normaler» Handelsbeziehungen mit dem Westen, wie sie in ihrer Propaganda behauptet, der Erreichung eines sowjetpolitischen Zieles dienen soll. In diesem Zusammenhang sind die Darstellungen von *Leon M. Herman,* die unter dem Titel *Russias New Posture in World Trade* als Bericht des *Economic Defense Advisory Committee* am 22. Juli 1954 in den USA veröffentlicht wurden, von größtem Interesse.

Der raffiniert ausgeklügelte, über sämtliche zur Verfügung stehenden Ka-

näle sich ausbreitende Propagandafeldzug der UdSSR zu Gunsten der Verbesserung des Ost-Westhandels muß um so größere Überraschung auslösen, als die Sowjets bis in die jüngste Zeit hinein den Außenhandel als kapitalistisch-imperialistisches Instrument anprangerten, mit dem der Westen die sowjetische Wirtschaft zu durchdringen und zu unterminieren versuche. Seit 1934 erachtete man eine immer größer werdende Autarkie Rußlands als das erstrebenswerte Ziel, und nach dem zweiten Weltkrieg wurden auch die Satelliten gezwungen, sich diesem Ziele unterzuordnen. Man unternahm alles, um die traditionellen wirtschaftlichen Bande zwischen Osteuropa und der freien Welt so rasch und so vollständig wie nur irgend möglich zu durchschneiden und begrüßte geradezu mit Begeisterung die vom Westen verhängten Ausfuhrsperren. Trotz dem vergrößerten russischen Wirtschaftsbereich gelang es dem Osten allerdings nicht völlig, autark zu werden, so daß eine ganze Legion von Mittelsmännern in verschiedenen Teilen Europas sich mit der Durchschleusung von Engpaßgütern, wie Kupfer, Blei, Aluminium, Zinn, Kugellager, Industriediamanten, Schwefel usw., befaßten. Die *prinzipielle Abneigung gegen den Handel mit dem Westen* blieb aber trotzdem bestehen. — Auch der erwähnte Bericht ist nicht in der Lage, festzustellen, wann und von welchem Organ der Entschluß gefaßt wurde, die Einstellung zum Welthandel zu revidieren. Ab Mitte 1951 jedenfalls begann sich die Sowjetunion für sämtliche Sonderkonferenzen über Wirtschaftsfragen, für die internationalen Industriemessen und für die weltweiten Handelsbeziehungen zu interessieren. Mit einer für die russische Politik typischen Kehrtwendung trat nun die Sowjetunion als *Vorkämpfer eines friedlichen Handels* auf, machte sich mit vagen und zum Teil sogar widerspruchsvollen Vorschlägen an die wichtigsten Exportländer der Erde heran und schloß eine Reihe nicht unwesentlicher Handelsverträge mit westlichen Regierungen ab. Dabei versuchten sie die Widerstände des Westens nicht nur mit der Zusammenstellung einer reichhaltigen Liste der zum Austausch vorgesehenen Waren zu brechen, sondern gingen sogar dazu über, bei der Auftragserteilung gerade solche Industrien zu berücksichtigen, die von Arbeitslosigkeit bedroht waren. — Mitte 1953 erfolgte eine weitere bemerkenswerte Änderung in den sowjetischen Exportangeboten, als sich die UdSSR überraschenderweise zur Lieferung von Erdölen und später von Traktoren, Baggern, Ferromangan, Roheisen und Eisen- und Stahlprodukten bereit erklärte. In einem mit Indien abgeschlossenen Vertrag finden wir auf der umfangreichen Liste zahlreiche Güter aus dem gesamten Gebiet der industriellen Produktion, wie Maschinen für die Schuhindustrie, Werkzeugmaschinen und ganze Elektrizitätswerke, also alles Materialien, welche die Sowjetunion normalerweise aus Westeuropa importieren muß. — Angesichts dieser Entwicklung muß man sich fragen, wo die eigentlichen Gründe dieser Kehrtwendung liegen. Der zitierte Bericht erinnert daran, daß die darniederliegenden Handelsbeziehungen zwischen Ost und West seitens Rußland durch geeignete Mittel verbessert werden müssen, um eine Anzahl direkter wirtschaftlicher Vorteile sowohl für die UdSSR selbst wie für das unter ihrer Kontrolle stehende riesige Gebiet zu erlangen. Das bei weitem wichtigste Ziel dürfte dabei in der Durchlöcherung der *westlichen Exportbeschränkungen für strategische Güter* liegen. Daneben betrachten die Sowjetstrategen die Frage des «friedlichen Handels» als dauernde zugkräftige Nummer auf der internationalen Bühne, um die *guten Absichten der sowjetischen Politik* zu demonstrieren. Mit einem Federstrich können die Gegner der russischen Expansion als Feinde der internationalen Wohlfahrt, des Welthandels, der Vollbeschäftigung und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker hingestellt werden. Gleichzeitig lassen sich die zweifellos vorhandenen handelspolitischen Gegensätze der freien Völker ausbeuten, aufbauschen und verschärfen, und aus zahlreichen authentischen Äußerungen

dürfte hinlänglich bekannt sein, daß die sowjetischen Führer der Auslösung eines selbstmörderischen Konfliktes zwischen den freien Nationen größte Aufmerksamkeit schenken. Nach Stalins politischem Testament kann Rußland durch die *Kontrolle über einen großen Teil des Weltmarktes* den Lauf der Ereignisse beeinflussen und dafür sorgen, daß sich die Absatzbedingungen der westlichen Länder verschlechtern und die Arbeitslosigkeit in den Fabriken ansteigt. — Es ist offensichtlich, daß die neueste Wirtschaftsstrategie Rußlands, die unter dem Motto «Ost-Westhandel» segelt, im vollen Einklang mit Stalins Plänen liegt. Wer die verschiedenen Handelsverhandlungen untersucht, wird stets feststellen können, daß die Sowjets ihre Angebote mit dem Versuch verbinden, unter den Völkern des Westens *Mißtrauen und Uneinigkeit zu säen.* Solange der quantitative Beitrag der UdSSR zum Welthandel keinen wesentlich größern Anteil erreicht, wird die Gefahr des sowjetischen Konzepts gering sein. Gelingt es aber dem russischen Wirtschaftspotential, sich über den Ost-Westhandel auszudehnen, so beginnt für den Westen die tödliche Gefahr. Daran mögen jene denken, welche sich nicht vorstellen können, daß Wirtschaft und Handel im Osten als Mittel zur Erreichung eines weltpolitischen, ideologischen Zweckes verwendet werden.

Der neuen außenpolitischen Konzeption, die Tito in seiner vieldeutigen, im slowenischen Ort Ostorozno gehaltenen Rede darlegte, widmete das Belgrader Zentralorgan *Borba* zwei Tage später, am 21. September, einen Leitartikel unter dem Titel «Koexistenz»: «... Man muß nicht ausschließlich bewaffnete Fronten bilden, man muß nicht ausschließlich eine Blockkonzeption haben. Die entstandenen Änderungen in der internationalen Lage müssen anerkannt werden. ... Die gegenwärtige Situation erfordert nicht, daß Lösungen schnell, überstürzt und kurzsichtig geschaffen werden. Dauerhafte Lösungen können nicht auf ideologischer Exklusivität aufgebaut werden. Zwangsläufig kann man daher in der Frage der europäischen Einheit und Zusammenarbeit zu keiner glücklichen Lösung gelangen, wenn man als Ausgangspunkt die Positionen des ideologischen Kampfes gegen den Kommunismus und Sozialismus bezieht. Und diese Tendenzen bestehen zweifelsohne in einzelnen verantwortlichen Kreisen, ohne daß sie verheimlicht werden. — Der Kampf gegen Aggression und gegen hegemonistische Tendenzen, gleichgültig, auf welcher Seite sie sich bemerkbar machen, bildet jene Plattform, die alle friedliebenden Regierungen, ohne Rücksicht auf ihre ideologisch-politische Zugehörigkeit, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um kapitalistische oder kommunistische Regierungen handelt, zu einer Zusammenarbeit heranzuziehen vermag, weil dies dem elementaren Interesse der Völker sowohl in Europa als auch in der ganzen Welt entspricht. Der Ausweg aus der heutigen Situation liegt in ruhigem Lösen der bestehenden Streitfälle, im Entwickeln aller Formen der internationalen Zusammenarbeit, in praktischer Anerkennung und Achtung des Prinzips der friedlichen Koexistenz der Staaten mit verschiedenen Systemen im Kampfe gegen die Expansion. ... Unsere Politik der Normalisierung der Beziehungen zu der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten geht von dieser Auffassung aus. ... Diese Politik als solche, und sie ist nur eine solche, müssen alle politischen Kreise begrüßen, die zum Frieden streben.» — Abschließend zitiert die «Borba» die, wie sie betont, eindeutige Feststellung Titos: «Jugoslawien wird, wie auch bisher, in den ersten Reihen derer stehen, die gegen jede Aggression, gegen jeden ideologischen präventiven Krieg kämpfen werden, weil es an einem großen Ziel, am Frieden und an der Zusammenarbeit zwischen den Völkern arbeitet.» — Die historische Bedeutung dieser Rede geht auch daraus hervor, daß sie von der sowjetamtlichen Nachrichtenagentur Tass in Auszügen verbreitet und von allen Zeitungen des Ostblocks wiedergegeben wurde. Seit der Verbannung Titos aus der Kominform geschah dies zum erstenmal.

Mit der wirtschaftlichen Seite der *Rückkehr Triests an Italien* befaßt sich der Leitartikel in der unabhängigen Römer Zeitung *Il Messaggero* vom 9. Oktober. Der Artikel 5 des Londoner Abkommens sieht die Verpflichtung für Italien vor, den Freihafen von Triest zu erhalten. Das ist nach der Auffassung des Verfassers des erwähnten Leitartikels der wichtigste Punkt des Abkommens, der für die zukünftige Entwicklung von größter Bedeutung sein wird. Triest, einst der wichtigste Hafen Österreich-Ungarns, kann somit wieder der natürliche Zugang zum Meer für die großen Donaustädte Wien und Budapest und ihr Hinterland werden. Zu diesem Zwecke hat die italienische Regierung bereits durch ein Schreiben, das ihr Gesandter in London dem Gesandten Jugoslawiens überreicht hat, die jugoslawische Regierung zu einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern der andern interessierten Regierungen (u. a. Österreich und die Tschechoslowakei) eingeladen. Man rechnet mit einem Wiederaufleben der Handelsbeziehungen zwischen Italien und Jugoslawien.

Im Hamburger Verlage «Sonntagsblatt» erscheint die Monatsschrift *Zeit-Wende;* sie wird in Gemeinschaft mit Rudolf Alexander Schröder und R. v. Thadden-Triegloff von Hanns Lilje, Friedrich Langenfaß und Eberhard Müller herausgegeben. In ihrem Heft 9/1954 beschäftigt sich *Hans M. Müller* mit der *Vierzigstundenwoche.* Der Verfasser bezeichnet zu Beginn seines Artikels die Vierzigstundenwoche, die von den Gewerkschaften mit steigendem Nachdruck gefordert wird, als ein begreifliches Verlangen und ein begrüßenswertes Ziel. Sind doch die Ansprüche an die geistige und körperliche Leistungsfähigkeit in den gewerblichen Betrieben ständig gewachsen, so daß das verlängerte Wochenende ein erwünschtes Gegengewicht darstellen würde. Aber Müller fragt und untersucht, ob die Voraussetzungen für diese Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich heute wirklich gegeben sind. Die Selbstkosten würden steigen und die Überschüsse in einer Zeit sinkender Gewinnquote für die deutsche Wirtschaft vermindert. In einer Volkswirtschaft, in der Millionen aus öffentlicher Fürsorge oder von Renten leben, wäre, ganz abgesehen von der Erschwerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, eine Preiserhöhung kein verwendbares Mittel zur Abwälzung der Kostensteigerung infolge der verkürzten Arbeitszeit. Der einzige Weg zum Ausgleich für die erhöhten Selbstkosten, eine *verstärkte Rationalisierung,* etwa nach dem Muster Amerikas, wo der Industriearbeiter über das Dreifache mehr leistet als sein europäischer Kollege, wird erst betretbar werden, wenn der herrschende Kapitalmangel behoben ist und wenn große europäische Binnenmärkte und Typenvereinfachungen geschaffen sind, die kostensenkend wirken. Erst dann wäre die Vierzigstundenwoche realisierbar, ohne daß das damit zwangsläufig verbundene schärfere Arbeitstempo gesundheitsschädigende Folgen auslösen könnte.